

N i e d e r s c h r i f t
über die 11/5. Sitzung
des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am Donnerstag, 30.09.2021

Ort der Sitzung: **Stadthalle, Villeneuver Straße 5, 53359 Rheinbach**

Beginn: **18:00 Uhr** Ende: **19:30 Uhr**

Von den Mitgliedern waren
anwesend:

Entschuldigt:

Verwaltung / Gäste:

Vorsitzender

Schiebener, Heribert

Ratsmitglieder (CDU)

Hell, Mathias

Bürgermeister

Banken, Ludger

(bis 19.00 Uhr – TOP 5.1)

Ratsmitglieder (CDU)

Brozio, Kurt

Burke, Thomas

(Vertretung für Herrn Mathias Hell)

Wilhelm-Buchstab, Timo, Dr.

Ratsmitglieder (SPD)

Krupp, Ute

Vary, Eva

Sachgebietsleiter

Ptok, Helge

Sachkundige Bürger (UWG)

Wessel, Albert

Sachgebiet

Planung und Umwelt

Rokicki, Nicole

Ratsmitglieder (SPD)

Koch, Martina

(Vertretung für Frau Ute Krupp)

Rohloff, Michael

(Vertretung für Frau Eva Vary)

Fachbereichsleiterin

Thünker-Jansen, Margit

Ratsmitglieder (UWG)

Huth, Dieter

Schriftführerin

Wilhelm, Sonja

Ratsmitglieder (B'90/Die Grünen)

Seiffert-Schollmeyer, Urte

Sachkundige Bürger (CDU)

Schulze, Karin

Witsch, Markus

Sachkundige Bürger (SPD)

Georgi, Tom Eric

Sachkundige Bürger (UWG)

Samlowski, Michael, Dr.

(Vertretung für Herrn Albert Wessel)

Sachkundige Bürger (FDP)

Knapp, Carlo

Tagesordnung

zur 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am Donnerstag, 30.09.2021

| TO-Punkt Nr. | Beratungsgegenstand | Vorlagen- Nr. |
|-----------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| A) | ÖFFENTLICHE SITZUNG | |
| 1 | Anerkennung der Tagesordnung | |
| 2 | Bürgeranträge | |
| 2.1 | Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich | BA/0039/2021 |
| 2.1.1 | Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.06.2021 zu TOP 2.1 Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich (BA/0039/2021) | AN/0527/2021 |
| 2.2 | Bürgerantrag vom 07.05.2021 zur ökologische Aufwertung städtischer Grundflächen | BA/0040/2021 |
| 3 | Angelegenheiten der Landschaftsplanung | |
| | ./. | |
| 4 | Angelegenheiten des Verkehrs | |
| 4.1 | Antrag der UWG-Fraktion vom 03.05.2021 - eingegangen am 31.05.2021 - betreffend Radweg Wormersdorf - Bahnhof Römerkanal 1.) Verlängerung des Radweges Koblenzer Straße in die Maria-Goeppert-Straße (neues Industriegebiet) 2.) Einrichten eines Fahrradweges von Rheinbach-Wormersdorf zum Haltepunkt der S23 Rheinbach Römerkanal über das neue Industriegebiet | AN/0526/2021 |
| 5 | Angelegenheiten des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tier-schutzes | |
| 5.1 | Lärmaktionsplan der 3. Runde; hier: Beschluss des Lärmaktionsplans | BV/1364/2020/4 |

- | | | |
|----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 5.2 | Baumfällung im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Dorfplatzes in Niederdrees | BV/1603/2021 |
| 5.3 | Bekennung der Stadt Rheinbach zu dem Ziel „Zero Waste City“ | BV/1605/2021 |
| 5.4 | Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2019 betreffend Beschlussfassung einer Satzung über die Gestaltung und Einfriedung von Vorgärten (Vorgartensatzung) | AN/0536/2021 |
| 6 | Angelegenheiten der Entwässerung | |
| | ./. | |
| 7 | Angelegenheiten der Stadtreinigung und Abfallbeseitigung | |
| | ./. | |
| 8 | Angelegenheiten des Stadtwaldes | |
| | ./. | |
| 9 | Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung | |

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

A) ÖFFENTLICHE SITZUNG

| | | |
|-----|---|------------------------------|
| TOP | 1 | Anerkennung der Tagesordnung |
|-----|---|------------------------------|

Der Ausschussvorsitzende Schiebener begrüßt Bürgermeister Banken, alle anwesenden Ausschussmitglieder*innen, die Mitarbeiter*Innen der Verwaltung sowie die Gäste zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität.

Er stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht mit Schreiben vom 20.09.2021 eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Außerdem wurde die Stellungnahme der Verwaltung zum Tagesordnungspunkt 2.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.06.2021 zu TOP 2.1 Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich (BA/0039/2021) per E-Mail übersandt und heute als Tischvorlage verteilt.

Da es keine Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, lässt Vorsitzender Schiebener über die vorgelegte Tagesordnung abstimmen.

| | | | | | |
|----------------------------------------------------------|------------|------------|------------|--------------|------------|
| Beschluss | | | | | |
| Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form anerkannt. | | | | | |
| Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt | | | | | |
| | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP |
| JA | X | X | X | X | X |
| NEIN | | | | | |
| ENTHALTUNG | | | | | |

| | | |
|-----|---|---------------|
| TOP | 2 | Bürgeranträge |
|-----|---|---------------|

| | | |
|-----|-----|-----------------------------------------------------------------------|
| TOP | 2.1 | Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich |
|-----|-----|-----------------------------------------------------------------------|

| | | |
|-----|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| TOP | 2.1.1 | Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90 / Die Grünen vom 10.06.2021 zu TOP 2.1 Bürgerantrag vom 11.03.2021 betreffend Schottergärten im Stadtbereich (BA/0039/2021) |
|-----|-------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen fasst die Stellungnahme der Verwaltung nochmals zusammen und macht darauf aufmerksam, dass Teile des Änderungsantrages gegen den Grundsatz der Erforderlichkeit und des Abwägungsgebotes verstoßen. Auch aufgrund der in Rheinbach vorherrschenden Bodenverhältnissen ist im Regelfall eine schadlose Versickerung ohne unverhältnismäßig hohem und finanziellen Aufwand nicht möglich. Ein pauschaler Be-

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

schluss, dass dies in den Bebauungsplänen festgesetzt werden soll, ist nicht möglich und müsse im Einzelfall geprüft werden.

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) macht deutlich, dass es hier nicht um Verbote ginge, sondern hier um Beratung, Aufklärung und Unterstützung der Bürger*innen. Sie schlägt vor, den Änderungsantrag in Absatz 5 wie folgt zu verändern:

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden für Gebäudevorflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB die Bepflanzung und Begrünung spezifisch angepasst an die Verhältnisse vor Ort zeichnerisch oder textlich festgesetzt, wobei die genaue Ausgestaltung dieser Vorgabe sich im Einzelfall aus dem jeweiligen Abwägungszusammenhang der Bebauungspläne ergibt.

Ratsherr Brozio (CDU) sowie die CDU-Fraktion stimmen der Nr. 1 der Stellungnahme der Verwaltung zu, sehen das aber bei den anderen beiden Punkten etwas anders. Zu Nr. 2 führt Ratsherr Brozio aus, dass es viele Bebauungspläne aus den 70er Jahren gibt, in denen es keine Festsetzungen gäbe. Bedingt durch einen Generationswechsel in den Häusern werden viele Vorgärten weggenommen und zum Teil großflächig gepflastert. Hier solle mit offensichtliche Verstößen restriktiver umgegangen werden. Bei Nr. 3 scheint es zu einem Missverständnis gekommen zu sein. Hier solle kein pauschalisierter Beschluss gefasst werden, sondern mit jedem neu aufzustellenden Bebauungsplan solle geprüft werden, ob die gesamte Fläche versickerungsfähig sei. Dies solle dann auch festgeschrieben werden.

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen macht nochmal deutlich, dass hier zuerst der Boden begutachtet werden muss, damit diese Flächen festgesetzt werden können. Dies sei mit einem hohen Aufwand zu betreiben.

Die UWG wird dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, so Ratsherr Huth (UWG). Da durch die Baugesetze keine rechtliche Handhabe bestehe dies festzusetzen, solle auf Überzeugungsarbeit der Bürger*innen gesetzt werden.

Ratsfrau Koch (SPD) ist der Meinung, dass bezüglich der vorhandenen Schottergärten die Bürger*innen weiter sensibilisiert werden sollen. Dass das Pflanzgebot in jedem neuen Bebauungsplan festgeschrieben wird, reicht der SPD-Fraktion aus.

Herr Knapp (sachkundiger Bürger der FDP) schließt sich dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

Da der Änderungsantrag der weiter gehende Antrag ist, möchte der Vorsitzende Schiebener diesen zuerst zur Abstimmung stellen.

Ratsherr Huth (UWG) merkt an, dass nur über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt werden könne, da der Änderungsantrag sich so nicht umsetzen lässt.

Daraufhin beantragt Herr Knapp (sachkundiger Bürger der FDP) eine kurze Sitzungsunterbrechung.

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

Ratsherr Dr. Wilhelm-Buchstab (CDU) macht nochmal deutlich, dass keine rechtswidrigen Forderungen gestellt werden, sondern es sich um Anregungen handele, die dem Gemeinwohl helfen sollen. Grundsätzlich wird es nicht gelingen Schottergärten grundsätzlich abzuschaffen, aber es müsse eine Kontrolle geben, dass versickerungsunfähigen Flächen nicht im Übermaß entstehen. Deshalb würde die Fraktionen der CDU und Grüne den Änderungsantrag aufrechterhalten und um Umsetzung bitten, sofern es im Ermessungsrahmen der Verwaltung möglich sei.

Daraufhin lässt Vorsitzender Schiebener über den Änderungsantrag der Fraktion CDU und Bündnis 90 / Die Grünen mit dem Zusatz von Ratsherrn Dr. Wilhelm-Buchstab (CDU) abstimmen.

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Beschluss | |
| <p>Der Rat der Stadt Rheinbach schließt sich dem generellen Anliegen des Bürgerantrags vom 10.03.2021 an, durch geeignete Maßnahmen den ökologisch problematischen Schottergärten entgegenzuwirken.</p> <p>Der Rat beschließt, dem Bürgerantrag vom 10.03.2021 bezüglich des Starts einer Aufklärungs- und Beratungskampagne durch den/die städtische*n Umweltmanager*in zu folgen. Aufklärung und Beratung soll sich sowohl an Besitzer*innen bereits angelegter Schottergärten richten als auch Bürger*innen bei Neubauvorhaben über Nachteile von Schottergärten und pflegeleichte Alternativen der Vorgartengestaltung informieren. Dies schließt leicht zugängliche Informationen auf der neuen städtischen Homepage mit ein. Auch lokale und regionale Garten- und Landschaftsbaubetriebe, Bau- und Gartenmärkte etc. sollten aktiv in die Aufklärungs- und Beratungskampagne einbezogen werden. Zudem sollte die Vermüllung durch Folien im Bereich von Bau- und Landwirtschaft in die Kampagne einbezogen werden.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gegen offenkundige Verstöße gegen § 8 Abs. 1 BauO NRW auch ohne vorliegende Anzeige vorzugehen. Zudem sollten andere Dienststellen die/den Umweltmanager*in auf wahrgenommene Grenzfälle hinweisen, so dass diese*r proaktiv im Rahmen der Aufklärungs- und Beratungskampagne die jeweiligen Eigentümer*innen ansprechen kann.</p> <p>Im Hinblick auf die Unsicherheiten eines rechtskonformen Verbotes von Schottergärten wird derzeit von einem solchen Verbot durch Erlass einer Gestaltungssatzung abgesehen.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen werden für Gebäudevorflächen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB die Bepflanzung und Begrünung zeichnerisch oder textlich festgesetzt, wobei die genaue Ausgestaltung dieser Vorgabe sich im Einzelfall aus dem jeweiligen Abwägungszusammenhang der Bebauungspläne ergibt. Die Pflanzfestsetzungen in Bebauungsplänen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB sind von der Kommune vor Ort selbst zu kontrollieren. Unter Einbezug der Ergebnisse des Klimafolgenanpassungskonzepts werden bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zudem gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 16 d BauGB jeweils – integriert in eine städtebauliche Konzeption – textlich oder zeichnerisch geeignete Flächen festgesetzt, die für die natürliche Versickerung von Niederschlagswasser freigehalten werden müssen.</p> | |

Die Erhebung einer Niederschlagswassergebühr ist auf der Grundlage der Beitrags- und Gebührenordnung zur Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Rheinbach (BGebO) nicht möglich. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung jedoch verstärkt auf Versiegelungen durch großflächige Pflasterungen kontrollieren, die sehr wohl eine Niederschlagswassergebührenpflicht auslösen und in letzter Zeit vermehrt zusätzlich zu den sogenannten Schottergärten durchgeführt werden.

Die Umsetzungen sollen erfolgen, sofern diese im Ermessungsrahmen der Verwaltung möglich sind.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
gegen die Stimmen der SPD / UWG / FDP**

| | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP | BM |
|------------|-----|-----|-----|-------|-----|----|
| JA | 5 | | | 2 | | |
| NEIN | | 3 | 2 | | 1 | |
| ENTHALTUNG | | | | | | |

| | | |
|-----|-----|---------------------------------------------------------------------------------|
| TOP | 2.2 | Bürgerantrag vom 07.05.2021 zur ökologische Aufwertung städtischer Grundflächen |
|-----|-----|---------------------------------------------------------------------------------|

Ratsherr Brozio (CDU) hält das Engagement für sehr lobenswert an, sieht aber Konflikte mit der Landwirtschaft und eine Mehrarbeit für den Betriebshof.

Ratsherr Hut (UWG) erläutert, dass es bereits Gespräche mit den Anwohnern, Landwirten und den ortsansässigen Jägern geben habe. Todenfeld zeige Bereitschaft, die Pflanzungen vorzunehmen und diese auch zu bezahlen, um es ökologisch besser herzurichten. Deshalb spreche sich die UWG-Fraktion für dieses Vorhaben aus.

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) begrüßen dieses Vorhaben ebenfalls.

Der Zwischenbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

| | | |
|-----|---|----------------------------------------|
| TOP | 3 | Angelegenheiten der Landschaftsplanung |
|-----|---|----------------------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

| | | |
|-----|---|------------------------------|
| TOP | 4 | Angelegenheiten des Verkehrs |
|-----|---|------------------------------|

| | | |
|-----|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| TOP | 4.1 | Antrag der UWG-Fraktion vom 03.05.2021 - eingegangen am 31.05.2021- betreffend Radweg Wormersdorf - Bahnhof Römerkanal 1.) Verlängerung des Radweges Koblenzer Straße in die Maria-Goeppert- Straße (neues Industriegebiet) 2.) Einrichten eines Fahrradweges von Rheinbach-Wormersdorf zum Hal- tepunkt der S23 Rheinbach Römerkanal über das neue Industriegebiet |
|-----|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Da dieser Radweg bereits in Planung ist und gebaut werden soll, zieht Ratsherr Huth (UWG) der Antrag zurück.

| | | |
|-----|---|--------------------------------------------------------------|
| TOP | 5 | Angelegenheiten des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes |
|-----|---|--------------------------------------------------------------|

| | | |
|-----|-----|-----------------------------------------------------------------------|
| TOP | 5.1 | Lärmaktionsplan der 3. Runde; hier: Beschluss des Lärmaktionsplans |
|-----|-----|-----------------------------------------------------------------------|

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt ausdrücklich, dass das beauftragte Planungsbüro für zwei der beurteilten Abschnitte die Anordnung Tempo 30 ganztags empfiehlt.

Wir bedauern, dass - auch wenn dies auf Grundlage des im AUM vom 18.3.21 gefassten Beschlusses geschieht - weitere erheblich von Lärm belastete Abschnitte nicht berücksichtigt werden, nämlich die L113 ab Ölmühlenweg, insbesondere stadtauswärts hinter der Blitzanlage, auf Höhe der Abzweigung der L492 nach Todenfeld, und des Weiteren zwischen Merzbach und Neukirchen.

Daher schließen wir uns folgenden Abwägungen der Verwaltung nicht an:

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

Abwägungen 2, 3, 4 L113 Ölmühlenweg ausserorts

| Abwägung der Verwaltung | Abwägung neu |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Die L113 Ölmühlenweg ging aufgrund einer DTV <8.200 Kfz/24h (...) nicht in die Lärmkartierung ein. Der AUM hat in seiner Sitzung vom 18.03.21 folgenden Beschluss gefasst: „Von einer Betrachtung ... abgesehen.“ | Die L113 Ölmühlenweg ging bisher nicht in die Lärmkartierung ein. Da die Verkehrsbelastung der L113 mit 7336 Pkw/24h nur geringfügig unter dem vorgegebenen Grenzwert liegt, sind die Bürgeranliegen als gravierend zu werten. Daher wird die L113 in die Kartierung miteinbezogen. Folgende Maßnahmen zur Geschwindigkeits- und damit Lärmreduzierung werden geprüft und ggf. geplant: <ul style="list-style-type: none"> • Reduktion der erlaubten Geschwindigkeit auf 50 km/h • stadtauswärts bis hinter die Einmündung L492 (stadteinwärts ab Wanderparkplatz Steinbruch) • Durchgehendes Überholverbot bis Neukirchen • Ggf. alternierende Verkehrsinseln |

Abwägungen 15, 18, 20 L11 3 Ölmühlenweg innerorts

| Abwägung alt | Abwägung neu |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Die L113 Ölmühlenweg ging aufgrund einer DTV <8.200 Kfz/24h (...) nicht in die Lärmkartierung ein. Der AUM hat in seiner Sitzung vom 18.03.21 folgenden Beschluss gefasst: „Von einer Betrachtung ... abgesehen.“ | Die L113 Ölmühlenweg ging bisher nicht in die Lärmkartierung ein. Da die Verkehrsbelastung der L113 mit 7336 Pkw/24h nur geringfügig unter dem vorgegebenen Grenzwert liegt, sind die Bürgeranliegen als gravierend zu werten. Daher wird die L113 in die Kartierung miteinbezogen. Folgende Maßnahmen zur Kontrolle der vorgeschriebenen Geschwindigkeit (50 km/h innerorts) und damit zur Lärmreduzierung werden geprüft und ggf. geplant: <ul style="list-style-type: none"> • Inbetriebnahme der Blitzanlagen • Geschwindigkeitskontrollen Tempo 50 innerorts hinter den • Blitzanlagen durch die Polizei • Installation eines Dialogdisplay Smiley |

Herr Ptok erläutert, dass der Änderungsantrag eine Bearbeitungszeit von einem weiteren halben Jahr zur Folge hätte. Man müsse eine Verkehrszählung sowie eine neue Kartierung vornehmen. Diese müsse die Stadt Rheinbach selbst finanzieren. Ebenso müsse der Lärmak-

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

tionsplan geändert werden und eine weitere Bürgerbeteiligung müsse stattfinden. Der Lärmaktionsplan der 3. Runde müsse in diesem Jahr abgeschlossen werden. Er schlägt vor, den Änderungsantrag im Rahmen der 4. Runde mit aufzunehmen und zu beschließen.

Damit erklärt sich Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) einverstanden.

Ratsherr Rohloff (SPD) sieht einige gute Verbesserungen im Stadtgebiet, aber durch eine fehlende Zählstelle in Wormersdorf werde in Sachen Lärmschutz dort nichts weiter passieren. Deshalb werde er dem Lärmaktionsplan der 3. Runde nicht zustimmen, da er mit der Handhabung bzw. den Rahmenbedingungen in Wormersdorf nicht einverstanden sei.

Herr Witsch (sachkundiger Bürger der CDU) weist darauf hin, dass die im Änderungsantrag geforderten 50 km/h viel zu langsam sei, um Fahrradfahrer zu überholen. Diese Strecke bietet sich zum Überholen an, da sie gut einsehbar sei.

Herr Georgi (sachkundiger Bürger der SPD) schließt sich den Ausführungen von Ratsherrn Rohloff an. Er nimmt dabei Bezug auf die Ortschaft Flerzheim, die im Lärmaktionsplan überhaupt nicht berücksichtigt sei.

Der Vorsitzende Schiebener lässt über den Beschlussvorschlag getrennt abstimmen.

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| Beschluss | |
| <p>a) Beschluss über die Abwägung der im Verfahren vorgebrachten Stellungnahmen</p> <p>Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und die vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange hat der Rat der Stadt Rheinbach geprüft und gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen und beschließt die Abwägung der im Zuge der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen zum Lärmaktionsplan der 3. Runde.</p> <p>Grundlage für den Beschluss sind die im Anhang I und II des Lärmaktionsplans der 3. Runde beigefügten Zusammenfassungen der Stellungnahmen mit Abwägungsergebnis. Die Übersicht der Abwägungsentscheidung ist Bestandteil des Beschlusses.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeit und die Behörden sowie die sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Abwägungsgründe in Kenntnis zu setzen.</p> | |

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Rohloff und
sachkundigem Bürger Georgi (beide SPD)**

| | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP |
|-------------------|-----|-----|-----|-------|-----|
| JA | 5 | 1 | 2 | 2 | 1 |
| NEIN | | | | | |
| ENTHALTUNG | | 2 | | | |

b) Beschluss zum Lärmaktionsplan der Stufe 3

Nach der Beschlussfassung über die Abwägung der im Verfahren eingegangenen Stellungnahmen beschließt der Rat den Lärmaktionsplan der 3. Runde.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
bei Stimmenthaltung von Ratsherrn Rohloff und
sachkundigem Bürger Georgi (beide SPD)**

| | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP |
|-------------------|-----|-----|-----|-------|-----|
| JA | 5 | 1 | 2 | 2 | 1 |
| NEIN | | | | | |
| ENTHALTUNG | | 2 | | | |

| | | |
|-----|-----|---------------------------------------------------------------------------------|
| TOP | 5.2 | Baumfällung im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Dorfplatzes in Niederdrees |
|-----|-----|---------------------------------------------------------------------------------|

Ratsherr Brozio (CDU) erkundigt sich nach dem Ablauf des Bürgerprojektes. Es solle verhindert werden, dass die Bäume jetzt gefällt werden, aber das Projekt aus finanzieller Sicht nicht umgesetzt werden könne.

Fachbereichsleiter Thünker-Jansen informierte, dass die Stadt hierzu keine Kosten tragen müsse, da es sich um ein Bürgerprojekt handle. Hierzu seien bereits Fördermittel beantragt worden. Auch sollen über ein Sponsoring die fehlenden Gelder akquiriert werden.

Herr Knapp (sachkundiger Bürger der FDP) versichert, dass die Bürger*innen von Niederdrees sich sehr für dieses Projekt engagieren und hier ein Vertrauensvorschuss gegeben werden solle.

Daraufhin lässt der Vorsitzende über den vorliegenden Beschluss abstimmen.

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

| Beschluss | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|-----|-----|-------|-----|--|-----|-----|-----|-------|-----|-----------|---|---|---|---|---|-------------|--|--|--|--|--|-------------------|--|--|--|--|--|
| <p>Für die Realisierung des Vorhabens in Niederdrees 'Umgestaltung des Dorfplatzes' wird der Fällung der auf dem Dorfplatz befindlichen städtischen Bäume entsprochen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1" data-bbox="213 528 1035 703"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> | | | | | | | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP | JA | X | X | X | X | X | NEIN | | | | | | ENTHALTUNG | | | | | |
| | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| JA | X | X | X | X | X | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| NEIN | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| ENTHALTUNG | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | |
|------------|------------|--------------------------------------------------------------------|
| TOP | 5.3 | Bekennung der Stadt Rheinbach zu dem Ziel „Zero Waste City“ |
|------------|------------|--------------------------------------------------------------------|

Fachbereichsleiterin Thünker-Jansen macht deutlich, dass die Abfallreduzierung auch im Sinne der Verwaltung sei. Sie weist allerdings darauf hin, dass das Zertifizierungsverfahren sehr langwierig und umständlich sei. Sie rät davon ab und schlägt vor, stattdessen andere Aktionen zu unterstützen.

Ratsherr Huth (UWG) macht deutlich, dass im Rat der Stadt Rheinbach beschlossen wurde, sich den Zielen anzunähern, und nicht „Zero Waste City“ zu werden. Dies sei auch nicht möglich, da z.B. keine örtliche Abfallentsorgung vorhanden sei. Es gehe hier nicht um das Zertifikat, sondern um die Möglichkeit weniger Müll zu produzieren. Hierbei sollen auch die RSAG, die Schulen, die örtlichen Initiativen sowie die Bürger*innen beteiligt werden.

Ratsfrau Seiffert-Schollmeyer (Grüne) schlägt vor, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität einen Vertreter der RSAG einzuladen, der über das Abfallwirtschaftskonzept 2018 bis 2023 sowie über die Überlegungen zur Kreislaufabfallwirtschaft der RSAG referiert. Auch könne die Initiative Rheinbach ohne Plastikmüll oder der Gewerbeverein mit einbezogen werden.

Ratsherr Huth (UWG) schlägt vor, den Beschlussvorschlag so zu modifizieren, dass der Ansatz der Zero Waste Bewegung im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt werde und Aktionen zur Bewältigung der Müllproblematik in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen durchgeführt werden.

Ratsfrau Koch (SPD) und Ratsherr Brozio (CDU) stimmen dem Vorschlag von Ratsherrn Huth zu.

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

| Beschluss | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------|------------|------------|--------------|------------|--|------------|------------|------------|--------------|------------|-----------|---|---|---|---|---|-------------|--|--|--|--|--|-------------------|--|--|--|--|--|
| <p>Die Stadt Rheinbach strebt weiterhin den Ansatz der Zero Waste Bewegung an und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Aktionen zur Bewältigung der Müllproblematik in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>CDU</th> <th>SPD</th> <th>UWG</th> <th>GRÜNE</th> <th>FDP</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>JA</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> <td>X</td> </tr> <tr> <td>NEIN</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>ENTHALTUNG</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table> | | | | | | | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP | JA | X | X | X | X | X | NEIN | | | | | | ENTHALTUNG | | | | | |
| | CDU | SPD | UWG | GRÜNE | FDP | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| JA | X | X | X | X | X | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| NEIN | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| ENTHALTUNG | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

| | | |
|------------|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| TOP | 5.4 | Antrag der SPD-Fraktion vom 11.08.2019 betreffend Beschlussfassung einer Satzung über die Gestaltung und Einfriedung von Vorgärten (Vorgartensatzung) |
|------------|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Ratsfrau Koch (SPD) erläutert, dass aufgrund der Änderungen der neuen Landesbauordnung diese Satzung vorerst nicht mehr möglich sei, aber die SPD-Fraktion diese nach wie vor für sinnvoll hält.

Dennoch zieht Sie den Antrag zurück. Wenn sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, wird der Antrag erneut gestellt.

| | | |
|------------|---|----------------------------------|
| TOP | 6 | Angelegenheiten der Entwässerung |
|------------|---|----------------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

| | | |
|------------|---|----------------------------------------------------------|
| TOP | 7 | Angelegenheiten der Stadtreinigung und Abfallbeseitigung |
|------------|---|----------------------------------------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

| | | |
|------------|---|---------------------------------|
| TOP | 8 | Angelegenheiten des Stadtwaldes |
|------------|---|---------------------------------|

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Vorlagen vor.

| | |
|----------------------|--------------------------------------------------------|
| Niederschrift | 11/5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität |
| Datum | Donnerstag, 30.09.2021 |

| | | |
|-----|---|--------------------------------------------------|
| TOP | 9 | Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung |
|-----|---|--------------------------------------------------|

Da keine Mitteilungen des Vorsitzenden und der Verwaltung vorliegen, schließt der Ausschussvorsitzende Schiebener die Sitzung.

Rheinbach, 16. November 2021

gezeichnet
Heribert Schiebener
Vorsitzender

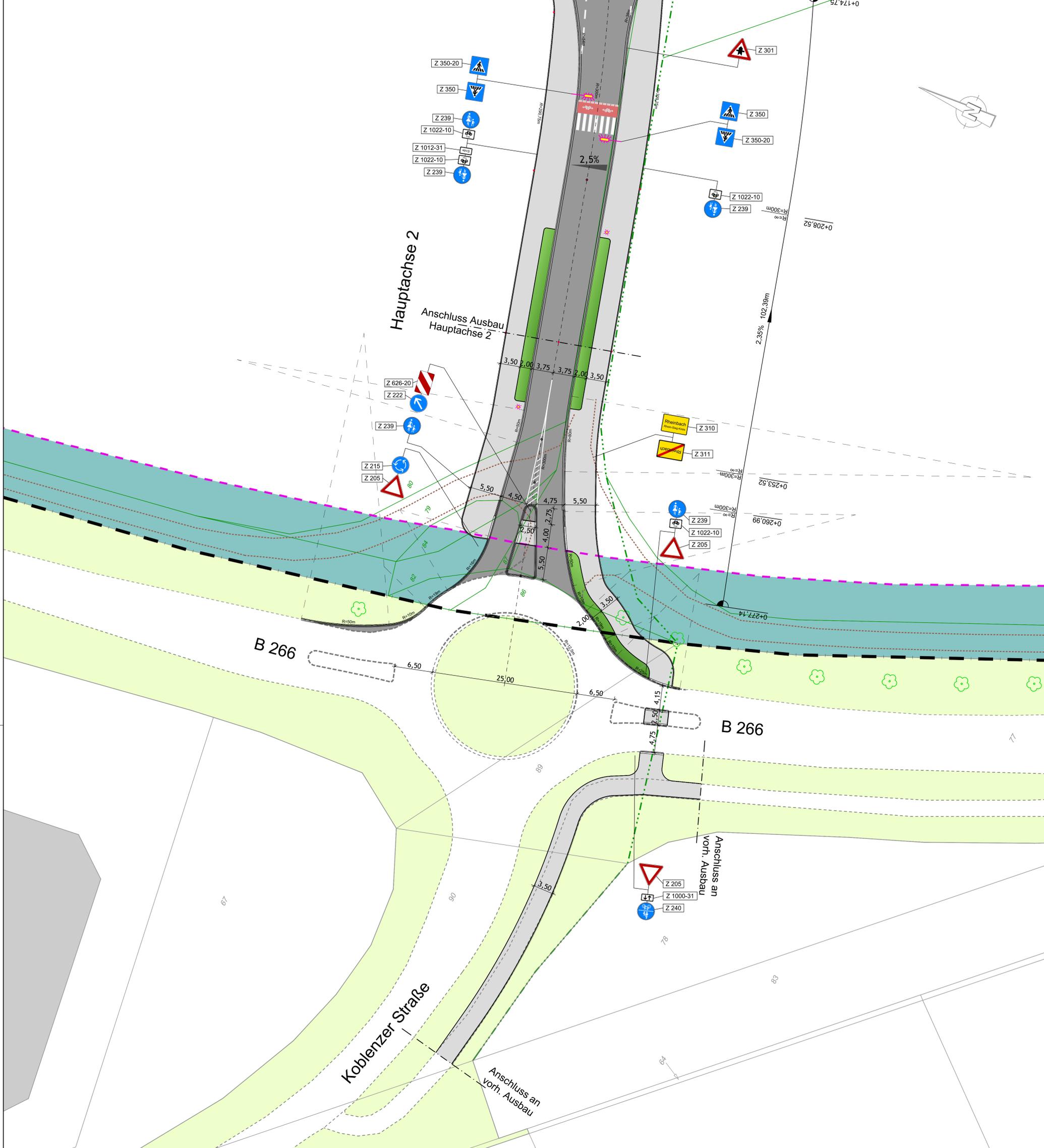
gezeichnet
Sonja Wilhelm
Schriftführerin

Maß- und Höhenangaben sind auf der Baustelle zu kontrollieren!
 Beschreibungen für Material, Körnung, Betongüte usw. sind der Leistungsbeschreibung zu entnehmen!
 Vorbehaltlich von Änderungen durch den Auftraggeber!

Vervielfältigung, auch ausschnittsweise, nur nach Genehmigung der Ing.-Büro Kleinfeld GmbH

Legende

- Grünfläche vorhanden
- Grünfläche neu
- Fahrbahn
- Rad-/Gehweg



Ingenieurbüro
Kleinfeld GmbH
 Ingenieurbüro für Wasserwirtschaft,
 Straßen- und Tiefbau
 Eichendorffweg 14 53359 Rheinbach
 Tel.: 02226-4814 Fax: 02226-12041
 E-Mail: ing-buero-kleinfeld@t-online.de

wfeg gtz
 Wirtschaftsstandort Rheinbach
 Verkehrstechnische Erschließung
Gewerbegebiet "Wolbersacker"
 in Rheinbach
GENEHMIGUNGSPLANUNG
 Lageplan Anbindung an Kreisverkehr Koblenzer Straße

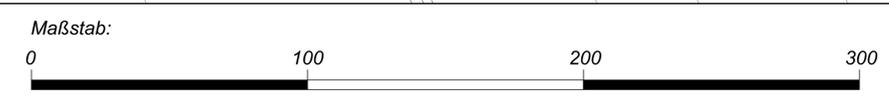
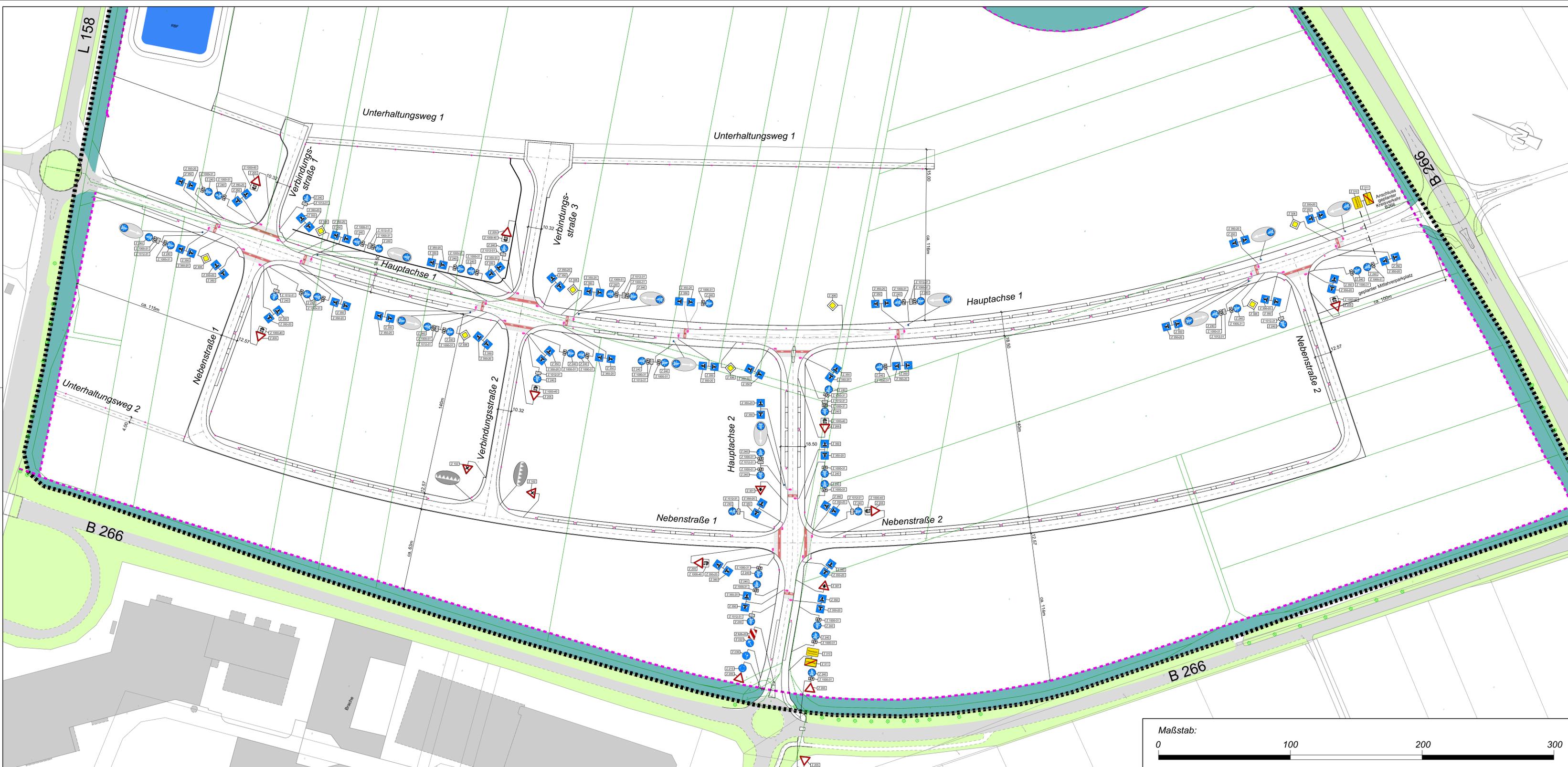
| | |
|--------------------------------|----------------------------|
| Bearbeitet: U. Sa. April 2018 | Zeichnungs-Nr.: 577-G-LP1a |
| Gezeichnet: K. Sch. April 2018 | Maßstab: 1:250 |
| | Größe: 93 x 80 |

| Geändert | Bemerkung | Name | Datum |
|----------|------------------------------------------------|---------|------------|
| a | Verkehrsschilder 'Gehweg' und 'Radfahrer frei' | K. Sch. | 17.05.2018 |
| b | | | |

Auftraggeber: Rheinbach, den **17. MAI 2018**
 Ingenieurbüro Kleinfeld GmbH
 Eichendorffweg 14
 53359 Rheinbach
 Tel. 0 22 26 / 48 14

Maß- und Höhenangaben sind auf der Baustelle zu kontrollieren!
 Beschreibungen für Material, Körnung, Betongüte usw. sind der Leistungsbeschreibung zu entnehmen!
 Vorbehaltlich von Änderungen durch den Auftraggeber!

Vervielfältigung, auch ausschnittsweise,
 nur nach Genehmigung der Ing.-Büro Kleinfeld GmbH



Ingenieurbüro
Kleinfeld GmbH
 Ingenieurbüro für Wasserwirtschaft,
 Straßen- und Tiefbau
 Eichendorffweg 14 53359 Rheinbach
 Tel.: 02226-4814 Fax: 02226-12041
 E-Mail: ing-buero-kleinfeld@t-online.de

Stadt Rheinbach
 wfeg ■ gtz
 Wirtschaftsstandort Rheinbach

Verkehrstechnische Erschließung
 Gewerbegebiet "Wolbersacker"
 in Rheinbach

ENTWURF
 Übersichtslageplan Markierung, Beschilderung, Beleuchtung

Bearbeitet: U. Sa. November 2017 Zeichnungs-Nr.: 577-E-04
 Gezeichnet: M. Sl. November 2017 Maßstab: 1 : 1.000
 Größe: 140 x 59,4

| Geändert | Bemerkung | Name | Datum |
|----------|-----------|------|-------|
| a | | | |
| b | | | |

Auftraggeber:
 Rheinbach, den 26. April 2018
 Ingenieurbüro Kleinfeld GmbH
 Eichendorffweg 14
 53359 Rheinbach
 Tel. 0 22 26 / 48 14